



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

außergewöhnliche Belastungen wie die noch nicht überwundene globale Finanz- und Wirtschaftskrise stellen das Verhältnis von Gesellschaft und Staat auf die Probe. Einerseits erwarten die Menschen von der Politik Maßnahmen, um die negativen Auswirkungen einzudämmen und die gesellschaftlichen Kosten den Umständen angemessen zu gestalten. Sie wollen sich zudem auf das soziale Netz und die Solidargemeinschaft für die Dauer individueller Not verlassen können. Andererseits erwartet der Staat von den Bürgern, dass auch sie zur Krisenbewältigung beitragen. Ob dieses Spannungsverhältnis erfolgreich gelöst wird, hängt entscheidend von der Sozial- und Wirtschaftsstruktur eines Landes ab. Beides ist in Deutschland gut ausgebaut, öffentliche und private Sozialleistungen machen zusammen genommen mehr als ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts aus. Besonders bemerkenswert ist dabei die große Bandbreite sozialer Sicherung, die den Schutz vor Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit genauso umfasst wie die Familienförderung und das Leben im Alter.

Voraussetzung für dieses hohe Niveau sozialer Sicherung ist eine starke Wirtschaftsleistung, aber auch ein Ethos, wie ihn die Soziale Marktwirtschaft definiert. Einen entscheidenden Anteil an einem funktionierenden Sozialstaat hat ebenso der Grad an außenwirtschaftlicher Verflechtung. Wie Matthias Bauer betont, kommt kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in diesem Kontext eine besondere Bedeutung zu. Sie schaffen Arbeitsplätze, bringen Innovationen voran und engagieren sich in sozialen Belangen. In seinem Beitrag plädiert Bauer daher für eine stärkere Einbindung des deutschen Mittelstands in die developmentpolitische Praxis und verweist auf die Vorteile für die KMU in den Partnerländern. Dort „kann ein solider Mittelstand dazu beitragen, zum einen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu fördern und zum anderen

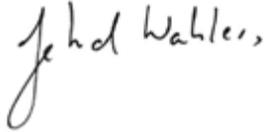
auf politischer Ebene demokratische Strukturen zu stabilisieren – gerade im Sinne der Nachhaltigkeit entwicklungs-politischer Instrumente“.

Angebot und Qualität sozialer Sicherung variieren von Land zu Land. Dass viele Entwicklungs- und Schwellenländern beim Aufbau von Sicherungssystemen erst am Anfang stehen, verdeutlicht Paul Linnarz in dieser Ausgabe mit einem Blick nach Asien. Gleichzeitig sehnen sich immer mehr Menschen in Asien nach staatlichen Sozialleistungen, wie Paul Linnarz mit einer Umfrage des Eden Strategy Institute vom März 2014 belegt. Befragte in Indien, Indonesien, den Philippinen und in Vietnam sorgen sich vor allem um Krankheit und Arbeitsplatzverlust. In solchen Fällen könnten sie kaum auf öffentliche Fürsorgeinstrumente zählen. Selbst Angehörige der Mittelschicht drohten dann zurück in die Armut zu fallen, falls ihre privaten Anstrengungen zur Überwindung einer Ausnahmesituation nicht ausreichen. Linnarz zeigt Wege auf, wie Regierungen in Asien soziale Sicherung und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verbinden können.

Von solchen Überlegungen sind zahlreiche afrikanische Länder in Subsahara-Afrika noch weit entfernt, wie sich aus dem Beitrag von Bernd Althusmann, Angelika Klein und Stefan Reith schließen lässt. In der Debatte um Entwicklung, soziale Sicherung und nachhaltiges Wirtschaften richten die Autoren den Fokus auf Angola, Namibia, Uganda und Tansania. Diese Staaten verfügen über immense Vorkommen an Öl, Diamanten, Gold oder Uran. „Die Frage, wie der Reichtum an Bodenschätzen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen kann, ist nicht nur in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch in den Partnerländern im vollen Gange.“ Eine Antwort darauf muss differenziert ausfallen, da Regierungen, (transnationale) Abbaukonzerne und die lokale Bevölkerung in den Fördergebieten voneinander abweichende Interessen vertreten, wie die Autoren herausstellen.

Soziale Sicherung betrifft die Entwicklung eines Landes in politischer, rechtsstaatlicher und ökonomischer Hinsicht. Diese Zusammenhänge sichtbar zu machen, ist ein wichtiger Bestandteil in den Programmen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Es geht darum, den Menschen in den Mittelpunkt

zu stellen. In Europa, in Afrika und Asien wird mit sozialer Sicherung unterschiedlich umgegangen, auch weil unterschiedliche Herausforderungen warten. Gemeinsam können wir von unseren Erfahrungen lernen.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de